

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1921**

60 (12.3.1921)

# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Seitengeld: Durch unsere Träger 6.-A. einisch 80 A. Postgebühren: bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Lagen 4.00 A.; durch die Post bezogen 4.50 —, ohne Ausgabe- u. Postgebühren, monatlich Einzelrezept 26 A. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle 8.50 A.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Vertrauensvotum für Simons

**Berlin, 11. März.** Nach dem Ergebnis der Verhandlungen des auswärtigen Ausschusses wird sich die heutige Sitzung des Reichstages zu einer Vertrauensstimmung für Minister Dr. Simons gehalten. Die Regierungsparteien werden eine gemeinsame Erklärung abgeben, die von Dr. Trübner (Str.) verlesen wird. Außerdem sprechen für die Deutschnationale Frau Wehary, für die Wirtschaftspartei Hermann Müller und für die Unabhängigen Breitscheid. Die Koalitionsparteien haben eine Vertrauensstimmung formuliert. Der Hauptgegner in ihr befragt, daß der Reichstag die Ablehnung der Pariser Forderungen billigt.

Ebenso ist bestimmt damit zu rechnen, daß diese Erklärung von den anderen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten angenommen wird. Die Debatte soll heute unter allen Umständen zu Ende geführt werden.

### Was soll ein solches Dementi?

**Berlin, 11. März.** In der englischen Presse ist behauptet worden, der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons hätte bei der Abreise aus London einem Pressevertreter geäußert, er hoffe bald wiederzukommen. Wir sind ermächtigt, festzustellen, daß der Reichsminister eine derartige Äußerung nicht getan hat.

Wenn sich die Möglichkeit zu neuen Verhandlungen bieten sollte, muß doch wieder ein Regierungsmitglied reisen, denn unsere Situation erlaubt uns nicht, im Falle einer Verhandlungsmöglichkeit Nein zu sagen.

### Der Protest der französischen Gewerkschaften gegen die Gewalttate der Entente

**Paris, 11. März.** Der Verwaltungsrat der C.G.T. (Zentralleitung der Gewerkschaften) hat gestern Abend eine Erklärung angenommen, in der gesagt wird, daß die Arbeiter in Frankreich keine anderen Maßnahmen ins Auge fassen wollen, als ein

Abkommen zwischen den Deutschen und den französischen Arbeitern über die gemeinsame Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Gebiete. Die gegen Deutschland angewandte Gewalt, die neue Besetzung in Deutschland bedrohe den Frieden zwischen den Völkern. Der Verwaltungsrat hat ein Manifest ausgearbeitet, in dem in energischer Weise protestiert wird, daß die internationalisierte Kommission für das schlesische Abstimmungsgebiet die Pässe verweigert hat.

### Die Berliner Sozialdemokratie gegen die Vertilgung Deutschlands durch die Entente

**Berlin, 12. März.** (Privattelegramm.) In der Großbesitzer Funktionärerversammlung der sozialdemokratischen Partei wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die deutsche Arbeiterkraft ist bereit, im Zusammenwirken mit den Arbeitern Frankreichs und Belgiens die Kriegsschäden nach besten Kräften wieder aufzumachen. Den unerlässlichen Verhandlungsvorbereitungen der Entente würde aber die sozialdemokratische Arbeiterkraft den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Die Konferenz hofft, daß endlich auch die Arbeiterkraft in den Ententeländern in entscheidender Weise den Kampf gegen die den kapitalistischen Interessen dienenden Pläne ihrer militärischen Machthaber aufnehmen werden.

### Warum England die wirtschaftlichen Sanktionen geschloß hat

**Paris, 11. März.** Der „Deuvre“ sagt: Die Erhebung der Sanktionen gegen die deutsche Industrie sei in den Augen Lloyd Georges viel weniger als ein Mittel, die Reparationskassen zu füllen, gedacht, denn als ein Schutzwall gegen das Eindringen der deutschen Erzeugnisse. Es sei gewissermaßen ein Anti-Dumpinggesetz, das ihm vom Himmel falle, ohne die Unannehmlichkeiten einer gesetzlichen Maßnahme gleicher Art. Diese Veranschaulichung werde notwendigweise die deutsche Industrie vermindern und die britische Industrie könne so ihre Erzeugnisse zu erhöhten Preisen absetzen. Was Frankreich anlangt, so könne es eine solche Sanktion nicht als wirklich wichtig ansehen. Es laufe bei diesem Geschäft stark Gefahr, der Gefahr zu sein.

England spielt wieder in altgewohnter raffinierter Weise die Karte. Frankreich hat seinen Einmarschwillen und die englischen Kapitalisten ihren großen Profit. Mag auch das deutsche Volk dabei halb verhungern. So kämpft man für die Weltgerechtigkeit.

### Kritik des Franzosen Seydoux an den Reparationsbedingungen

**Paris, 11. März.** Der französische Sachverständige, Ministerialdirektor Seydoux erklärte dem Sonderberichterstatter des „Internationale“ in London auf die Frage, wie er die Lage auffasse, das Reparationsproblem sei das schwierigste, das seit Jahrhunderten der Menschheit gestellt worden sei. Es könne weder militärisch noch politisch, sondern nur durch Uebereinkommen gelöst werden. Man könne Steuern erheben, Anleihen aufnehmen und die ausländischen Schulden zum Nutzen der Alliierten erhöhen. Die Vertreter des Friedensvertrages hätten zwei Dinge übersehen, die eine beträchtliche Rolle spielen: die wirtschaftliche Krise und den Sturz der Weltkurse. Diese zwei Faktoren zwingen jetzt ein Mittel zu finden, damit man bezahlt werde, ohne daß Deutschland die alliierten Länder mit seiner Überproduktion überflutet.

### Der Einspruch des holländischen Handels gegen den Wirtschaftskrieg der Entente

**London, 12. März.** Nach einer Meldung aus Amsterdam verlautet dort, daß die holländischen Handelskreise die Regierung auffordern werden, beim Völkerbund gegen die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen der Entente gegenüber Deutschland Einspruch zu erheben, da sie diese Maßnahmen als einen Schaden für den Handel zwischen Deutschland und den Neutralen ansehen.

### Ein Gesetz gegen die konterrevolutionären Selbstauflösungsorganisationen. Bayern erhebt Protest

**Berlin, 12. März.** (Privattelegramm.) Der Reichsminister des Innern hat den Gesetzentwurf über das Verbot der Selbstauflösungsorganisationen fertiggestellt. Mit der Durchführung des Gesetzes soll ähnlich wie beim Entwurfsentwurf ein Reichskommissar betraut werden, dem ein Betrag von 15 Abgeordneten des Reichstages zur Seite stehen soll. Verstöße gegen das Gesetz sollen mit Geldstrafe bis zu 50 000 A. oder Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft werden. Wie das gleiche Gesetz aus München meldet hat die bayerische Regierung gegen die Beratung des Gesetzes, die heute im Reichsrat stattfinden soll, Einspruch erhoben.

### Die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes

**Genf, 11. März.** (Telephon.) Das Völkerbundsekretariat sandte eine dringende Aufforderung an alle Mitglieder des Völkerbundes, in kürzester Frist die Unterzeichnung der Ratifikation des Protokolls vorzunehmen, durch das der internationale Gerichtshof errichtet wird. Bis jetzt haben 27 Regierungen das Protokoll unterzeichnet, eine einzige, Schweden, hat die Ratifikationsurkunde niedergelegt. Es ist zu befürchten, daß die Versammlung des Völkerbundes auf ihrer nächsten Tagung nicht zur Wahl der Richter freieren kann, wodurch die Errichtung des Gerichtshofes um wenigstens 1 Jahr verschoben würde.

### Keine Einigungsverhandlungen zwischen der E. P. D. und der U. S. P.

Die unabhängigen Berliner „Freiheit“ berichtet: Die Telegramm-Union verbreitet folgende Meldung: Zwischen der Mehrheitssozialdemokratie und den Unabhängigen schweben Einigungsverhandlungen, die, wie der „Deutsche Schiedsrichter“ hört, sich ihrem Abschluß nähern. Die Tatsache ist natürlich außerordentlich bedeutungsvoll im Hinblick auf die künftigen Koalitionsmöglichkeiten im Reichstag wie in der Landesversammlung. Die hier wiedergegebene Meldung ist vollständig aus der Luft gegriffen. Wie jeder ernsthafte Politiker weiß, schweben zwischen unserer Partei und den Reichssozialisten keinerlei „Einigungsverhandlungen“.

Die „Freiheit“ hat ganz Recht. Die Unabhängigen benehmen sich im Parlament und ihrer Presse derart, daß keine ernsthafte politische Partei daran denken kann, mit ihnen Einigungsverhandlungen zu pflegen. Warum soll man auch mit einem absterbenden Parteigebilde noch Verhandlungen eingehen.

### Polnischer Schwindel

**Berlin, 11. März.** Warschau richtet am 9. März „An Alle“ einen Aufruf über deutsche Truppenansammlungen an der oberschlesischen und polnischen Grenze. Dort befänden sich neben regulären Reichswehrtruppen auch freiwillige militärische Organisationen. Diese Behauptung ist unpar. Sie verfolgt offensichtlich den Zweck, die bekannten militärischen Maßnahmen auf polnischer Seite zu rechtfertigen.

### Zur Volksabstimmung in Oberschlesien

**Berlin, 11. März.** Nach den bis heute Mittag vorliegenden Nachrichten ist die Transportbewegung der Abstimmungsberechtigten planmäßig verlaufen. Sämtliche aus West- und Mittelschlesien abgefahrenen Züge haben in der fahrplanmäßigen Zeit ihren Bestimmungsort erreicht. Es sind bis jetzt 20 Züge ohne Störung eingelaufen.

**Berlin, 11. März.** Das Reichsarbeitsministerium hat, wie uns mitgeteilt wird, Vorfrage getroffen, daß Erwerbslose, die zur Abstimmung nach Oberschlesien reisen, die Erwerbslosenunterstützung durch die Gemeinden unter Berücksichtigung der Kontrolle während der Abwesenheit und zwar wenn nötig vorab zu erhalten.

**Doppeln, 11. März.** Nach einer Anordnung der internationalen Kommission sind Wahlkarten und Pasterheime mit 5 Hlern oder ohne Stempel oder fehlende Unterschriften, oder ohne Stempel auf den Wahlbildern vollst. gültig. Alle Stellen haben Anweisungen erhalten, niemandem wegen dieser Mängel zurückzuweisen. Abstimmungsbeauftragte mit mangelhaft ausgearbeiteten Wahlkarten müssen diese vor dem Abstimmungsstage bei dem paritätischen Ausschuss des Wahlamtes berichtigen lassen. Die Wahlkarten sind trotzdem gültig, wenn die Berichtigung nicht mehr möglich ist.

Zur einer Verfügung der internationalen Kommission sind Ründe und Analphabeten abstimmungsber. Sie dürfen das Wahllokal in Begleitung einer von ihnen gewählten Vertrauensperson betreten, die jedoch in der Liste der Stimmberechtigten eingetragen sein muß. Bislang konnten aus dem Reich die an die Abstimmungsbeauftragten gesandten Karten wegen Unbestimmtheit zurück. Es ist daher wichtig, daß die Abstimmungsbeauftragten jede Unklarheit sofort dem Postamt ihres früheren Wohnortes mitteilen, damit die Stimmlisten nachgehänd. werden können.

### Vergebliche Liebesmüh

Zimmer dringender werden die deutschen Sozialdemokraten aufgefordert, in die Regierung einzutreten, und zwar nicht mehr allein in Deutschland, sondern es mehrern sich auch im Lager der Entente die Stimmen, die unsere Partei zu diesem neuen Opfer aufrufen. Das beweist nur, daß den Kapitalisten aller Länder in der jetzigen Situation gar nicht wohl zu Mute ist, den Ententekapitalisten ebenmäßig wie den Deutschen. Sie wissen weder ein noch aus und sie erkennen die Notwendigkeit einer Mitwirkung der Arbeiterklasse an dem Wiederaufbau Europas. Der Standpunkt der Sozialdemokratie zu diesen Anträgen der bürgerlichen Parteien ist bekannt: Sie lehnt zwar die Pariser Beschlüsse ebenso ab, wie die Reichsregierung, aber darüber hinaus gibt es für sie keine Einheitsfront. Sie will sich nicht dazu mißbrauchen lassen, unter dem Vorwand der Einheitsfront eine nationalistiche und großkapitalistische Politik zu betreiben, in der sie zu einer rein passiven Rolle verurteilt wäre.

Nun muß auch ein deutliches Wort zu den Aufforderungen gesprochen werden, die an uns von alliierter Seite unausgesetzt ergehen, die Ruder des deutschen Staatschiffes zu ergreifen. Wie nachträglich bekannt wird, hat der französische Ministerpräsident Briand in einem Interview mit französischen und englischen Presseberichterstellern sich auf die Haltung des „Vorwärts“ berufen, um das Bestehen einer verständigen Strömung in Deutschland zu beweisen. Inzwischen hat der hochoffizielle Pariser „Temps“ mit allerlei Schmeicheleien an die Adresse der deutschen sozialdemokratischen Führer und Blätter unsere Parteigenossen dringend ermahnt, die deutschen Regierungsgeschäfte in die Hand zu nehmen. Er schlägt sogar glattweg die Ernennung des Genossen Wels zum Reichskanzler vor. Natürlich bemächtigt sich die deutschnationale Presse dieses Artikels, um die S. P. D. zu diskreditieren. Das letztere ist allerdings nur Nebenjahe. Viel wichtiger ist die Beantwortung der Frage, warum wir auf die Äußerungen von Briand oder vom „Temps“ nur ablehnend reagieren werden.

Unterhalb Jahre lang nach dem Waffenstillstand, nach der Revolution hat die deutsche Sozialdemokratie die schwere Bürde der Regierung auf ihre Schultern geladen. Deutschland ist in dieser Zeit genau so behandelt worden, als wenn nicht Scheidemann, Bauer oder Hermann Müller, sondern Westarp, Helfferich oder Ludendorff den Reichskanzlerposten besetzt hätten. Nur so ist es zu erklären, daß die Reaktion in Deutschland wieder ihr Haupt erheben konnte. Die Juniwahl kam, wir gingen und eine neue, rein bürgerliche Regierung gelangte zur Macht. Während der Konferenz von Spa erklärte Herr Millerand in einem Augenblick der Gefälligkeit, der übrigens nur von kurzer Dauer war, die Regierung Fehrenbach-Simons sei zweifellos die beste, die man sich denken könne und er wünschte ihr ein langes Leben.

Dr. Simons quittierte damals tief gerührt für dieses Lob und diese Wünsche mit allerhand Gegenerklärungen der Sympathie und des Vertrauens. Nun sind seither etwa neun Monate verstrichen, die Regierung Fehrenbach-Simons lebt noch immer, aber der Bruch mit der Entente ist vollzogen. Jetzt werden wir von den Franzosen mit Lob- und Glückwünschen überhäuft. Wir werden nicht, wie damals Dr. Simons, sofort mit Freudenansbrüchen reagieren, sondern diesen Lobrednern und Gratulanten unjähre die kalte Schulter zeigen, als wir ihnen, nach allen bisherigen Erfahrungen, kein Wort mehr glauben. Wenn sie sich jetzt an uns wenden, so ist dies nur ein Zeichen, daß sie mit aller ihrer militärischen Macht in Wirklichkeit hilflos dastehen. Ihr Friedensvertrag, ihre Beschlüsse, ihre Sanktionen, ihre Gebühre, ihre gedrohenen oder geschriebenen Thesen — das alles hilft ihnen nichts: Zur Durchführung ihres Wiederaufbaus brauchen sie die deutsche Arbeiterkraft. Das deutsche Proletariat hat aber oft genug zu verstehen gegeben, daß es guten Willens ist, die Schäden und die Wunden des Krieges heilen zu helfen, die eigenen ebenso wie die fremden. Aber es denkt nicht daran, sich nur als das Objekt kapitalistischer Ausbeutung mißbrauchen zu lassen. Deshalb lehnt es die Pariser Beschlüsse ab, deshalb lehnt es die Sozialdemokratie auch ab, den Gerichtsvollzieher der Entente zu spielen.

Solange die Ententemachthaber nicht klar und festlich ausgesprochen haben werden, daß ihre Politik vom November 1918 bis zum Juni 1920 eine gänzlich verfehlte war, solange sie uns nicht die notwendigen Garantien dafür geben, daß sie gewillt sind aus ihren bisherigen Fehlern zu lernen und in der Zukunft mit einer Regierung, in der die Sozialdemokratische Partei Deutschlands maßgebend wäre, vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, solange werden unsere Parteigenossen es ablehnen, solche Aufforderungen von Ententeseite ernst zu nehmen. Und wenn man sich diese Frage näher überlegt, so muß man zu dem Schluß kommen, daß weder Lloyd George, noch Briand uns solche Bürgschaften geben können, solange sie die Gefangenen von Kammernmehreheiten sind, die in der Kriegspsychose zuhause kamen und die, wenn sie auch schon lange nicht mehr die Stimmung des englischen und französischen Volkes überwiegen, noch zwei Jahre lang die auswärtige Politik Euro-



...sie gerichtet sind? Das ist das große Paradoxon des Entschärfungsproblems. Hätte Dr. Simons zu den Barrieren...

Drge, Streiberer am Bodensee und die badische Justizverwaltung

Wie erinnert sich wurde in einem Gebäude in Bodman am Bodensee, das dem Deutschnationalen Herrn...

Was wäre im umgekehrten Falle in einem der uns feindlichen Länder geschehen? Man hätte in der Censur...

Zunächst eine Anfrage an das Stuttgarter Drgeblat: Wäre es auch dafür gewesen, kein Sterbens...

Und weiter: Warum hat das badische Justizministerium nicht eingegriffen, als die Staatsanwaltschaft...

Es handelt sich um einen Vorgang, der dringender Aufmerksamkeit bedarf. Wir richten an die badische Regierung...

Wir sind wieder so weit wie in den „glorreichen“ Tagen der Juli-August 1914 und es sind die gleichen Leute...

Das Deutschnationale aber auch sonst nichts gelernt haben seit den „herrlichen“ Zeiten der Vaterlandspartei...

London, 11. März. Lloyd George teilte im Unterhaus mit, daß die Gefesvorlage über die Hörsenige Abgabe...

Badische Politik Deutschnationale Staatsmannschaft

Wir sind wieder so weit wie in den „glorreichen“ Tagen der Juli-August 1914 und es sind die gleichen Leute...

Das Deutschnationale aber auch sonst nichts gelernt haben seit den „herrlichen“ Zeiten der Vaterlandspartei...

London, 11. März. Lloyd George teilte im Unterhaus mit, daß die Gefesvorlage über die Hörsenige Abgabe...

Das Deutschnationale aber auch sonst nichts gelernt haben seit den „herrlichen“ Zeiten der Vaterlandspartei...

London, 11. März. Lloyd George teilte im Unterhaus mit, daß die Gefesvorlage über die Hörsenige Abgabe...

Das Deutschnationale aber auch sonst nichts gelernt haben seit den „herrlichen“ Zeiten der Vaterlandspartei...

London, 11. März. Lloyd George teilte im Unterhaus mit, daß die Gefesvorlage über die Hörsenige Abgabe...

Das Deutschnationale aber auch sonst nichts gelernt haben seit den „herrlichen“ Zeiten der Vaterlandspartei...

London, 11. März. Lloyd George teilte im Unterhaus mit, daß die Gefesvorlage über die Hörsenige Abgabe...

Das Deutschnationale aber auch sonst nichts gelernt haben seit den „herrlichen“ Zeiten der Vaterlandspartei...

der geradezu lächerlich wirkt, wenn wir an all die Bemühungen denken, die das deutsche Volk machte, der Fesseln der Hungerblodade los zu werden...

\* Zum Studium an der Techn. Hochschule Karlsruhe. Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat angeordnet, daß die Abiturienten der Höheren Lehranstalten...

\* Für die Abgabe von Zeugen hat das badische Justizministerium einen Erlaß herausgegeben, in dem u. a. folgendes ausgeführt wird: Für die Abgabe von Zeugen ist auf die...

Lloyd George kündigt scharfe Anwendung aller Machtmittel an Deutschland soll zum Weizbluten zahlen - Die Ausbeutung Deutschlands soll methodisch erfolgen

London, 11. März. Lloyd George teilte im Unterhaus mit, daß die Gefesvorlage über die Hörsenige Abgabe...

Das Deutschnationale aber auch sonst nichts gelernt haben seit den „herrlichen“ Zeiten der Vaterlandspartei...

London, 11. März. Lloyd George teilte im Unterhaus mit, daß die Gefesvorlage über die Hörsenige Abgabe...

Das Deutschnationale aber auch sonst nichts gelernt haben seit den „herrlichen“ Zeiten der Vaterlandspartei...

London, 11. März. Lloyd George teilte im Unterhaus mit, daß die Gefesvorlage über die Hörsenige Abgabe...

Das Deutschnationale aber auch sonst nichts gelernt haben seit den „herrlichen“ Zeiten der Vaterlandspartei...

eigenen Interesse klar gemacht werden, daß alle Alliierten gemeinsam einschließen seien, die berechtigten Reparationsforderungen...

Das Deutschnationale aber auch sonst nichts gelernt haben seit den „herrlichen“ Zeiten der Vaterlandspartei...

London, 11. März. Lloyd George teilte im Unterhaus mit, daß die Gefesvorlage über die Hörsenige Abgabe...

Das Deutschnationale aber auch sonst nichts gelernt haben seit den „herrlichen“ Zeiten der Vaterlandspartei...

London, 11. März. Lloyd George teilte im Unterhaus mit, daß die Gefesvorlage über die Hörsenige Abgabe...

Das Deutschnationale aber auch sonst nichts gelernt haben seit den „herrlichen“ Zeiten der Vaterlandspartei...

# Deutscher Reichstag

## Wieder einmal kommunistische Raubzügen und Plünderungen

Berlin, 11. März 1921.

Die Tribünen sind nur mäßig besetzt. Das Haus weist dagegen eine ansehnliche Fülle auf. Auf eine Anfrage des Abg. Rumm (D.) wegen der Ostjuden erwidert

Ministerialrat Gering, daß das Reich fortwährend bemüht sei, der unerlaubten Einwanderung durch Bahnbeschlüsse und Fremdenpolizei entgegenzutreten. Eine Massenübersiedlung unerlaubter Eingewandener scheitere aber an dem Widerstand der polnischen Behörden. Verhandlungen mit Polen über diesen Gegenstand seien im Gange. An der Ostgrenze seien 11 482 Personen wegen unerlaubter Grenzüberschreitung verhaftet worden. 6189 seien wieder über die Grenze abgehoben worden. Von dem Rest seien 5 000 aus dem polnischen Lager entlassene Kriegsgefangene oder Deserteur. Diese seien in Internierungslagern abgehoben worden, die übrigen teils Gerichten übergeben, teils an jüdische Fürsorgeorganisationen. Für die verläufige Internierung solcher Ausländer, deren Abschiebung noch nicht durchführbar war, sind mehrere Lager eingerichtet worden. Im Lager bei Starogard in Pommern liegen zurzeit 2760 solcher Personen.

Es folgt die zweite Beratung des Reederabfindungsgesetzes. Der Ausschuss beantragte unveränderte Annahme, schließt aber mehrere Entschärfungen vor.

Abg. Gense (U.S.) erinnert daran, daß im Ausland gewaltige Vorkälle vorhanden seien, die abgenommen werden sollten, weil die Volkswirtschaft aller Länder geschwächt sei. Unter diesen Umständen seien im Ausland noch große Mengen von Schiffen vorhanden, sodaß die Entente nicht weiß, wo sie mit den uns gestohlenen Schiffen einwill. Sie hofft, daß Deutschland ihnen diese Schiffe wieder abnehmen wird. Deshalb sei seine Partei dagegen, den Reedern diese Milliarden in den Taschen zu werfen.

Staatssekretär Müller: Das Abkommen ist aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen notwendig. Kapitalistische Tendenzen bei der Verwendung des Geldes sind schon durch den Vertrag unmöglich gemacht. Staat und Reeder haben für die arbeitslosen Seeleute 60 Millionen Mark aufgewendet.

Die Entschärfungen des Ausschusses entsprechen einem Zusatzartikeln.

Abg. Höllein (Kom.): Mit List und Tücke und aller möglichen Gewalt hat man versucht, diesen Raub im Interesse der Kapitalisten in Sicherheit zu bringen. (Als der Minister auf einen Zuruf der Rechten antwortet, daß es eine schamlose Lüge, wird er zur Ordnung gerufen.) Die Schlagschwerter: Nur die Arbeit kann uns retten, sollten die Arbeiter wieder an die Ketten der Kapitalisten gelegt. Die Kapitalisten haben das Schlagwort: Lohnarbeit. Schon jetzt muß der Arbeiter 5000 Mark an Steuern abgeben. Wie soll der Arbeiter arbeiten können, wenn er sich nicht ordentlich ernähren kann und keine Wohnung findet. Dafür hat der Arbeitgeber zu sorgen. Das geschieht aber nicht. Vielmehr nimmt die Verarmung des Proletariats zu. Es kann nichts mehr kaufen. (Vizepräsident Zell unterbricht die weiteren Ausführungen des Redners und entzieht ihm das Wort.) Abg. Höllein protestiert und erklärt, den Platz nicht zu räumen. Vizepräsident Dr. Zell unterbricht daher die Sitzung auf eine Viertelstunde.

Bei Wiederaufnahme der Sitzung steht der Abg. Höllein noch auf der Tribüne. Vizepräsident Dr. Zell erteilt das Wort dem Abg. Schumann (Soz.).

Die Kommunisten protestieren unter großem Lärm. Abg. Kemmerle ruft: Sie Schafköpfe!

Abg. Höllein erklärt, den Platz nicht zu räumen. Man soll den Leutnant mit 10 Mann holen.

Vizepräsident Dr. Zell unterbricht die Sitzung auf eine halbe Stunde, um den Rednerausgang zu befehlen. Die Sitzung wird erst gegen 4 Uhr wieder aufgenommen. Die Rednertribüne ist unbesetzt.

Vizepräsident Zell erklärt, nach dem Renegatentum Verzicht habe, Vizepräsident Zell eine Abstimmung vornehmen lassen, die in der Unruhe nicht allgemein verstanden wurde.

Abg. Koni (Kom.) spricht dem Vizepräsidenten Zell das größte Mißtrauen aus. Er habe sich stets gegen die kommunistische Partei höchst rassistisch benommen. Außerdem habe der Abg. Höllein sich mit seiner Rede völlig in den Bahnen der Weisheitslehre bewegt.

Vizepräsident Zell erklärt, daß Vizepräsident Zell sich weder heute noch früher parteilich gegen die kommunistische Partei benommen habe.

Abg. Schumann (Soz.): Die Ausführungen des Abg. Höllein waren von Sachkenntnis nicht getrieben. (Widerstand bei den Kommunisten.) Es liegt nicht im Interesse der deutschen Volkswirtschaft, veraltete Schiffe zu erwerben. Selbst aus unabhängigen Kreisen der in Betracht kommenden Arbeitnehmer haben wir Zuschriften erhalten, in denen die Notwendigkeit der Wiederbeschaffung der Werften betont wird. (Hört, hört auf der Rechten.) Meine Freunde werden, nachdem die Verfassungsanträge von uns im Ausschuss angenommen worden sind, für die Vorlage stimmen, da nach unserer Überzeugung die volkswirtschaftlichen Vorteile der Vorlage unsere Bedenken befeitigt haben.

Abg. Gense (U.S.): Die Wanderungsanträge der Reeder sind im Ausschuss nicht getrieben. (Widerstand bei den Kommunisten.) Es liegt nicht im Interesse der deutschen Volkswirtschaft, veraltete Schiffe zu erwerben. Selbst aus unabhängigen Kreisen der in Betracht kommenden Arbeitnehmer haben wir Zuschriften erhalten, in denen die Notwendigkeit der Wiederbeschaffung der Werften betont wird. (Hört, hört auf der Rechten.) Meine Freunde werden, nachdem die Verfassungsanträge von uns im Ausschuss angenommen worden sind, für die Vorlage stimmen, da nach unserer Überzeugung die volkswirtschaftlichen Vorteile der Vorlage unsere Bedenken befeitigt haben.

Staatssekretär Müller: Daß die Verhandlungen über die Abfindung der Reeder schwierig waren, ist erklärlich, da es sich hier um eine Festsetzung für die Zukunft handelt.

Abg. Goch (Soz.): Es handelt sich hier darum, ob die Tausende von Werftarbeitern Beschäftigung bekommen oder auf der

Straße liegen sollen. Wenn jetzt nicht eingegriffen wird, muß es zu einer großen Arbeitslosigkeit unter den Werftarbeitern kommen, die wir vermeiden wollen.

Abg. Gense (U.S.) polemisiert gegen den Abg. Goch. (Zuruf: Vorsicht! machen.) Das sehen wir als ausschließliches als. Damit schließt die Debatte über den Artikel 1. — Der Artikel wird angenommen gegen die Unabhängigen und die Kommunisten.

Zu Artikel 2 erhält das Wort wieder der Abg. Höllein (Kom.). Die Äußerungen der Rednerinnen schließen in die Höhe. Die deutschen Arbeiter haben kein Interesse an einer nationalen Front, sondern nur an billigen Preisen.

Der Rest des Gesetzes wird sodann angenommen. Gegen die sofortige dritte Lesung erhebt der Abg. Zell (Stomm.) Einspruch.

Die Entschärfungen des Ausschusses werden angenommen. Morgen Vormittag 10 Uhr: Einigenahme einer Regierungserklärung in Sachen der Londoner Verhandlungen. Schluß 1/2 11 Uhr.

## Aus der Partei

1. Tagung, 10. März. Legien Mittwoch hielt der Sozialdemokratische Verein seine diesjährige Generalversammlung ab. Parteisekretär Gen. Trunk gab zunächst einen Überblick über die gegenwärtige politische Lage und streifte besonders dabei den Ausfall der preussischen Landtagswahlen, wobei er betonte, daß unsere Partei voll auf die Regierungsbildung, die Politik der Kommunisten und besonders die schwere Niederlage der U.S.P. hierauf bezogen sei. Die politische Verhältnisse am heutigen Ort, wobei er betonte, daß bei einigermaßen gutem Willen es auch hier möglich sein muß, die Partei sowohl wie die Parteigruppe noch mehr vorwärts zu bringen. Zielsetzung seien die gegenwärtigen politischen Verhältnisse der U.S.P. wieder zu unserer Partei übergetreten, was der beste Beweis sei, daß unsere Partei auf dem richtigen Wege ist. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Linder, Böhlinger, Strohsfeld, Wurm und Schmidt, die zum Teil ein schärferes Vorgehen unserer Genossen in den Parlamenten wünschten, so in der Steuerfrage, Sozialleistungsfrage und dergleichen. — Der 2. Punkt betraf den Wahlkampf des Vorstandes. Da der bisherige Vorsitzende Gen. A. Schmidt sein Amt vor Boden niedergelegt hatte und der 2. Vorsitzende Gen. Wurm ebenfalls ablehnte, wurde zum 1. Vorsitzenden Gen. Georg Böhlinger, zum 2. Vorsitzenden Gen. A. Linder gewählt; der bisherige Kassier und der Schriftführer Gen. Bräuer und Gen. Schmidt nahmen in anerkannter Weise ihre Posten wieder an. Zu Beisitzern wurden die Gen. Friedr. Wallmer, Josef Kleber und A. Wurm gewählt. Alle Zuschriften sind an den 1. Vorsitzenden Gen. Georg Böhlinger, Sägewerk Gagsfeld, zu richten. Nachdem noch einige örtliche, kommunalpolitische Fragen besprochen worden waren, schloß der 2. Vorsitzende Gen. Wurm um 12 Uhr die Versammlung. An den Parteigenossen und der hiesigen Arbeiterschaft liegt es nun, durch Werben für die Partei und Parteipresse auch im neuen Geschäftsjahre der Sache der Sozialdemokratie neue Kräfte und Anhänger zuzuführen.

5. Grünwetterbach, 8. März. Den Genossen und Volkstribunen zur Nachricht, daß in folgenden Genossenschaften der „Volkstribun“ aufgelegt: Gagsfeld zum Adler (Parteilokal), Gagsfeld zum Lamm und Wierich zum Krenze; in den Wäldern Karl Durban und Max Hall und bei And. Kappeler, Redner. Wir bitten die Parteigenossen und Volkstribunen von hier und auswärts, bei ihren Ausflügen und Einfäufen diese Geschäfte berücksichtigen zu wollen.

Appenweier, 10. März. Morgen Sonntag abend 7 Uhr findet nunmehr die am Latitationssonntag ausgefallene Versammlung statt. Gen. Landtagsabg. Wehrmann spricht über die politische Lage sowie über das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Kirche. Alle Männer und Frauen sind eingeladen, insbesondere ist es Pflicht familiärer Genossen, zu erscheinen. Das Lokal wird besonders bekanntgegeben.

## Soziale Rundschau

Tagung des Verbandes badischer Arbeitsschlichter. Der Verband badischer Arbeitsschlichter hielt jüngst in Freiburg eine alljährlich beschlossene Mitgliederversammlung unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Saucz. Karlsruhe ab. Den Verhandlungen wohnten Vertreter des badischen Arbeitsschlichterinnen des Landesamtes für Arbeitsvermittlung und des Staatlichen Landesamtes des. Außerdem waren das württembergische Landesamt und der Verband bayerischer Arbeitsschlichter vertreten.

Die Verbandsversammlung nahm zuerst Stellung zu dem im Januar ds. Js. erteilten staatlichen badischen Landesamt für Arbeitsvermittlung, das die wesentlichsten Aufgaben, die sich der Verband badischer Arbeitsschlichter gestellt hat, übernommen. Die Verbandsversammlung hatte als erste Aufgabe die Frage zu lösen, ob noch ein Bedürfnis für das Weiterbestehen des Verbandes vorliegt, was einstimmig bejaht wurde. Der Verband wird jedoch seine Sitzungen ändern und sich künftig darauf beschränken, die Interessen der Gemeinden, soweit die gemeindlichen Arbeitsschlichter in Frage stehen, dem Staat gegenüber zu vertreten. Der Verband ist der Auffassung, daß damit auch den staatlichen Interessen genügt ist, da die Staatsbehörden in allen Fragen des Arbeitsschlichterwesens nur mit einem einseitigen Verband zu arbeiten brauchen. Im Laufe der weiteren Verhandlungen wurde der Geschäftsführung Entlastung für die Rechnungsführung erteilt.

An die Verbandsversammlung schloß sich eine Vervollständigung an. Die Direktoren der größeren badischen Arbeitsschlichter hatten Referate übernommen und behandelt die zu erwartende gesetzliche Regelung des Arbeits-

nachweisens, die Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen, die Berufsberatung und Rechtsmittelermittlung und schließlich auch die Erwerbslosenfürsorge und den Arbeitsnachweis. An die Referate schloß sich eine lebhaft diskutierte Sitzung an, die folgende Entschlüsse als Ergebnis hatte: Das Landesamt für Arbeitsvermittlung ist die einzige berufene Stelle in Baden, die die Leitung der Berufsberatung und Rechtsmittelermittlung in Baden als Zentralstelle zu übernehmen hat. Die von Mannheim aufgestellten Rechtsmittelermittler werden als geeignete Grundlage für die Reorganisation der Berufsberatung und Rechtsmittelermittlung in Baden angesehen. Die Rechtsmittelermittler sollen dem badischen Landesamt für Arbeitsvermittlung überwiesen werden zur weiteren Behandlung der Angelegenheit im Einvernehmen mit dem Verband badischer Arbeitsschlichter.

Zu der geplanten Aufhebung der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen nahm die Verbandsversammlung mit nachfolgender Entschlußfassung Stellung: Die Verbandsversammlung ist der Aufhebung der Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen vom 20. April einverstanden, aber nur wenn den Arbeitsschlichtern die ihnen gesetzlich zustehenden Mittel an die Hand gegeben werden, die es ermöglichen, in ähnlicher Weise wie bisher auf dem Arbeitsmarkt sozial gerecht ausgleichend zu wirken und gegen die übermäßige Belastung des örtlichen Arbeitsnachweises durch auswärtige Arbeitsschlichter wirksam Einspruch zu erheben. — Die Verbandsversammlung ist damit einverstanden, daß den Arbeitsschlichtern am Sitz eines Demobilisationsausschusses dessen Aufgaben übertragen werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die dadurch entstehenden Kosten von der Staatskasse übernommen werden.

## Aus dem Lande

Heidelberg, 9. März. Ueber die schon gemeldete Verhaftung eines Werbers für die Fremdenlegion wird noch berichtet: Gestern früh gegen halb 6 Uhr gelang es, auf dem hiesigen Bahnhof endlich einmal einen jener Schurken aus freier Zeit festzunehmen, die Frankreich Schieberdienste für die Fremdenlegion leisten. Mit dem Heilbronner Zug war ein aus Ludwigsbühl stammender, ungefähr 35 Jahre alter Mann eingetroffen, der einen 16 bis 17 Jahre alten Jungen aus Weilsheim bei sich hatte. Auf dem hiesigen Bahnhof weigerte sich der Junge, dem Manne weiter zu folgen. Dadurch wurden die Umstehenden aufmerksam. Der Sachverhalt war bald geklärt, und der französische Agent flüchtete in einen Abort. Er wurde jedoch herausgeholt, von der Menge ordentlich verprügelt und dann von Schuppleuten verhaftet.

Manheim, 11. März. In der Zellstoffabrik geriet der Arbeiter Friedrich Schnell in die Transmision, wurde herumgeschleudert und so schwer verletzt, daß er starb. — Zu großen Ausschreitungen kam es am Donnerstagabend. Zwei Koffenfabrikanten waren mit einem feige behandelten Fuhrmann in Streit geraten. Als sich Wortübergabe einmischte, kam es zu einer Schlägerei, bei der auch ein Kriminalkommissar und einige Schutze mitverletzt wurden. Die Koffenfabrikanten waren mit Verletzungen, konnten aber schließlich überwältigt und ins Gefängnis gebracht werden.

Lehr, 11. März. Die Arbeiter in der hiesigen Ton-Ofenfabrik, die sich wegen Lohnrückstellungen im Ausland befanden, haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem nunmehr eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erzielt worden ist. Der Streik hat ungefähr 2 Monate gedauert.

Freiburg i. Br., 11. März. Im Zeugniszimmer des hiesigen Landgerichts kam es zu einer Rauferei. Ein wegen Eitelkeitsbergehen angeklagter Waler wurde nach Verknüpfung des Urteils, das ihn freisprach, von einem hierüber verärgerten Belastungszeugen tätlich angegriffen. Der Angegriffene schrie sich zur Wehr. Schließlich mußten Gerichtsdiener und grüne Polizei dem Streit ein Ende bereiten.

Melsbach, 11. März. Bei einer Wagenfahrt wurden die Pferde des Gengstweilers Martin schon und rissen eine steile Böschung hinab. Der Wagen überschlug sich und Martin und seine Frau erlitten ziemlich schwere Verletzungen. Die Tiere, die weiter gelaufen waren, konnten schließlich zum Halten gebracht werden.

Konstanz, 11. März. Hier, in Radolfzell und anderen Grenzorten sind zahlreiche Personen wegen unerlaubten Handels mit Kriegsmunition und Schmutzgepulver verhaftet worden. Es sind meistens junge Leute, die den Schiebern ihre Ersparnisse gegen Ueberlieferung der gefälschten Waren überliefern. Jetzt haben die Verhafteten neben dem Schaden auch noch schwere Strafen zu erwarten.

St. Blasien, 11. März. Bürgermeister Dr. Brandner als Vertreter der Stadtgemeinde St. Blasien hat Hans Thoma den nummern 777 angelegten Ehrenbürgerbrief überreicht. Eine künstlerisch angelegte Behermappe, die innen auf der einen Seite eine Totenmaske St. Blasians in Aquarellmalerei enthält, während die andere Seite den Text zur Urkunde und die Unterschriften des Gemeinderats St. Blasien zeigt. Der Schüler des Reichers, der Kunstmalers Otto Weiser aus Melsbach, hat die Fertigstellung des Ehrenbürgerbriefes übernommen. Hans Thoma dankte für das wohlgeleitete Werk sowie für die Wünsche zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Philippsburg bei Weinsfeld, 11. März. Auch hier hat die in Aussicht gestellte Einführung der Polzeigenossen am Rhein einen großen Verleber hervorgerufen. Vor allem herrschte in der Nacht zum Donnerstag in Rheinheim und Hüttenheim ein lebhafter Verkehr von Fußweibern und Prostituierten. Vor allem kamen von Rheinfelden eine Menge Schuhwaren, außerdem Wein und Tabak in größeren Mengen.

Kalsterhausen, 11. März. In Dauterzell brannte der Dachstuhl des Wohnhauses und die Scheuer des Landwirts Gimmelman vollständig nieder.

Die badischen Arbeiterkämpfer rüsten zu ihrer am 7. und 8. Mai ds. Js. in Billingen stattfindenden 28. ordentlichen

## Ein Arbeiter ohne Bildung

hat in unserem konkurrenzreichen Zeitalter nur frühe Aussichten. Wir dürfen uns durch die hohen Löhne, die zurzeit bezahlt werden, nicht darüber hinwegtäuschen lassen. Die Löhne sind nur in Papier, nicht in Gold und haben deshalb nur papierne Kaufkraft. Die hohen Löhne verzeuern aber die Ware, so daß bei der geringen Kaufkraft eines großen Teiles des Publikums der Warenabsatz bedeutend geringer wird. Dadurch werden die Lager überfüllt, die Aufträge für Neuherstellung gering, was große Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Bei Entlassung von Arbeitern werden die wenig tüchtigen zuerst entlassen, während die tüchtigen bleiben können, so lange der Betrieb offen bleibt. Nun wird man sagen: Wir haben ja die Arbeitslosenunterstützung. Gewiß, aber: Wo nichts ist, hat der Arbeiter das Recht verloren, und aus einem Volk, das mehr und mehr verarmt, kann auch der Arbeitslose auf die Dauer keine Unterstützung mehr herausholen. Es hat keinen Sinn, uns einen blauen Dunst vormachen zu lassen, wir müssen den Faktum einmal ins Auge sehen und selbst darüber nachdenken!

Will der Arbeiter eine gesicherte Zukunft für sich und seine Familie haben, dann muß er mitarbeiten die Rohprodukte in Gold umzuwandeln, d. h. durch gediegene Arbeit aus den Rohprodukten solche gute Ware herzustellen, daß sie auf dem Weltmarkt gesucht und mit Gold bezahlt wird. Nur dann kann für ihn das goldene Zeitalter kommen. Was haben die Handwerker im Mittelalter geleistet! Noch heute bewundern wir ihre Arbeit. Und was hat sie zu solchen Leistungen befähigt? Sie hatten eine besonders für damalige Zeiten ausgezeichnete Bildung. Sie waren Männer voll von Wissen und Können, von Tatkraft, eisernem Willen und festem Charakter. Sie waren nicht als wohlhabende Meister geboren, sondern stammten oft aus sehr armer Familie, aber durch Wissen, Fleiß und Charakter sind sie geworden, so daß viele ihrer Namen unauflöslich in der Weltgeschichte eingegraben sind, wie Fugger, Welser, Grünewald, Dürer. Aber auch auf rein geistigen Gebieten haben manche Bedeutendes geleistet, wie Hans Sachs als

Als Leher des „Volkstribun“ Karlsruhe erbitte postwendend einen Prospekt (kostenfrei) von

### Boehmanns Geistesbildung.

Name: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_

Man sende diesen Belegschein unter offener Hülle (mit 10 Pf. frankiert) an

L. Boehmann, München, E. 30, Am... 11







**S. Rosenbusch**  
Damen-Hüte  
**KARLSRUHE i. B.**  
Kaiserstrasse 137, am Marktplatz

zeigt seine  
**Neuheiten von Modellen**  
in  
**Damen-, Mädchen- und Kinder-Hüten**

**Für Ostern!**  
Neu eingetroffen:  
**la Einsatz - Hemden**  
mit hellfarbig gestreiften Piqué-Einsätzen.

Serie I Gr. 4 **44.** — Gr. 5 **46<sup>50</sup>** — Gr. 6 **49.** —  
" II Gr. 4 **54.** — Gr. 5 **58.** — Gr. 6 **62.** —  
" III Gr. 5 **64.** — Gr. 6 **68.** —

**Paul Burchard**  
Kaiserstrasse 143. 3168

**Sozialdemokr. Verein Karlsruhe**  
Mittwoch, den 10. März, abends 7/8 Uhr,  
im „Elefanten“, Kaiserstraße  
**Allgem. Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
„Sinn und Wirkung der deutschen Revolution 1918.“  
Referent: Genosse Hauptlehrer Haebler-Piedolsheim.  
Wir laden die Genossinnen und Genossen zu  
jährlichem Besuche freundlichst ein. 3168  
Der Vorstand.

30 1/2 Stunde vertilgen Sie unter Garantie jede  
**Läuse-Plage**  
auch Flöhe f. Brut (Nissen) d. Menschen u. Tieren mit  
für Wunden und Haare unschädlich. Erste  
Welt. Angewandte-Verittigung-Gesellschaft, G.m.b.H.  
zu haben in Karlsruhe i. B.: Kappes & Kluge,  
Kaiserstraße 86 — Otto Schwarz, Kaiserstraße 17.

**Gefrierfleisch**  
von prima Wollschafen und Waidrindern  
kommt von Montag, den 14. ab, in den bekannten  
Verkaufsstellen zu folgenden ermäßigten Preisen zum  
Verkauf:  
Fleisch mit Knochenbällchen . . . 8.00 M. das Pfund  
Fleisch ohne Knochenbällchen . . . 9.50 M. das Pfund.  
Karlsruhe, den 11. März 1921. 606  
Städtisches Schlacht- und Viehhofamt.

**Betriebsräte und Obleute  
des Transportarbeiter-Verbandes  
Karlsruhe.**  
Die Betriebsräte-Kurse nehmen nun ihren  
Anfang.  
Für unsere Kollegen kommt jeweils der Mittwoch  
und Freitag in Frage.  
Der erste Unterrichtsstund findet am Mittwoch,  
den 10. März, nachmittags von 5 bis 7 Uhr, in  
der Bauarbeiter-Schule, Wollstr. 9 (Zimmer 55, 61),  
der zweite am Freitag, den 12. März, von 5 bis  
7 Uhr in der Technischen Hochschule (Geologischer  
Garten, Hauptgebäude, Eingang Kaiserstraße, 3. Stock,  
rechts) statt.  
Alle Betriebsräte und Obleute haben an den  
Kursen teilzunehmen. Stundenpläne gehen jedem  
Teilnehmer zu. Diejenigen, die keine erhalten, holen  
sie auf dem Büro am Dienstag ab.  
Sind Personenveränderungen eingetreten, dann  
haben die Nachfolger teilzunehmen.  
Nähere auf dem Büro Kronenstr. 3, II. St.  
Telefon 3109. 3174  
Die Drittbewaltung:  
G. H.

**Bauarbeiter-Genossenschaft  
„Selbsthilfe“ e. G. m. b. H.**  
Karlsruhe.

**General-Versammlung.**  
Wir laden hiermit unsere Mitglieder  
zur Generalversammlung ein auf Sonntag  
den 3. April 1921, vormittags 9 Uhr,  
in das Lokal zum „Auerhahn“, Schützen-  
straße 58.  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Aufsichtsrates und  
Vorstandes.  
2. Beschlussfassung über die Bilanz  
des abgelaufenen Geschäftsjahres  
und die Entlastung des Aufsichtsrates  
und Vorstandes.  
3. Erhöhung der Anteile.  
4. Neuwahlen.  
Die Bilanz liegt vom 22. März ab in  
der Geschäftsstelle der Genossenschaft zur  
Einsichtnahme für die Mitglieder auf und  
zwar in der Zeit von 8-12 und 2-6.  
Etwasige Anträge zur Generalversamm-  
lung sind spätestens bis zum 23. März an  
den Vorstand einzureichen und liegen vom  
gleichen Zeitpunkt an ebenfalls zur Einsicht-  
nahme auf. 3162

**Spanische Weinhalle Gutenberg**  
Gutenbergplatz :: Weststadtmarkt

**Eröffnung heute**  
Großes Schlachtfest. Ab 7 Uhr Konzert.

1/2 Liter von Mk. 4 — an, incl. Bedienung  
Verkauf auch über die Straße.  
Um gütigen Zuspruch bittet Ludwig Ohmer. 317

**Öffentliche  
Volks-Versammlung.**  
Am Sonntag, den 13. März, vormittags  
10 Uhr spricht im „Elofium“  
Genosse **Schlißfeldt-Stuttgart**  
vom Haupt-Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes  
über:  
**Die Entente-Forderungen und ihre  
Wirkungen auf das arbeitende Volk.**  
Nachmittags 3 Uhr spricht Gastheld im „Grünen  
Hof“ in Durlach.  
Hierzu ist die Arbeiterkassette freundlichst einzu-  
laden. 3162  
**Unabhängige Soz. Partei Karlsruhe.**

Der Vorstand: **Der Aufsichtsrat:**  
J. A.: R. Hoff. J. A.: G. Böbel.

**Sportwaren**  
außerh. billig zu verkaufen.  
Baumelstr. 10, 4. St.

**Möbel**  
Wohnungs-Einrichtungen und alle  
Arten Einzel-Möbel  
zu bedeutend ermäßigten  
Preisen

**G. obr. Bär**  
Karlsruhe  
Kaiserstrasse 115  
Eingang Adlerstrasse  
Offenburg  
Hauptstrasse 52, neben  
Hotel Rheinischer Hof

**Bohnensteden  
Stangen**  
für Einziehungen billig  
zu verkaufen. S. Weffert,  
Rebenstraße 6. 3161

**Süddeutsche  
S. Axelrad**  
Teleskop 2950  
Stentelstr. 32, 2. St.

**Bettmatten.**  
Dieses schred. Leiden be-  
hütet sofort und bewährt.  
Methode. Alter u. Geschlecht  
anwed. Postamt anjoni.  
Dr. med. Cantorbrück.  
Wägen 2 508, 407  
Zhorwalschstraße 9.

**Günstiges Angebot**  
Ein Posten 140 cm breit, blau Chevot  
f. Herrenanzüge, p. Mtr. 4 60.—  
150 cm br. grün Loden f. Herren-  
anzüge, per Mtr. 4 80.— 60.—  
130 cm breite, gestr. u. geblumte  
weiße Bettmatten, per Mtr.  
4 80.50  
Hemdenstoffe, p. Mtr. 4 12.50  
Schürzenzeuge, p. Mtr. 17.20  
Größere Posten Schal- und Jacquard-  
decken, Kamelhautdecken.  
Lohnend für Wiederverkäufer.  
**Arthur BAER**  
Kaiserstraße 133 3158  
Eingang Kreuzstraße, 1 Treppe hoch.

**Geschäftseröffnung u. Empfehlung**  
Hierdurch teile ich einer verehrlichen Einwohnerschaft  
mit dass ich **Adlerstrasse 22** (zwischen  
Kaiserstrasse und Lidellplatz) ein 3169

**Kolonialwaren- u. Feinkostgeschäft**  
eröffnet habe. — Durch gute Geschäftsverbindungen und lang-  
jährige Tätigkeit in nur ersten Häusern des Faches bin ich  
in der Lage, meine Kundschaft stets mit bester und preis-  
werter Ware zu bedienen.  
Um geneigten Zuspruch bittend, zeichne Hochachtungsvoll  
**Richard Schneider**

**Ich empfehle:**

In Schweinschmalz 12.50	Prima Vollreis 3.— 3.50
Estol und Palmöl 12.—	In Maccaroni 8.50
Feinste Tafelmargarine 10.50 13.50	Kaffee, gebr. 19.50 22.— 25.—
Prima Spelseöl, Liter 18.—	Dosenmilch, gezuckert Dose 6.50 7.50 10.50
„ Salatöl 19.50	„ „ ungez., Dose 8.50
Corned-Beef, engl. u. Dos. 7.25	Prima Käse u. Wurstwaren zu den billigsten Tagespreisen.
„ „ im Ausschn. 1/2 2.50	

**Rich. Schneider, Kolonialwaren u. Feinkost, Adlerstr. 22.**

Freie Lieferung  
innerhalb Baden,  
Württemberg; und  
der Pfalz

Kostenlose  
Aufbewahrung  
bis zu 1 Jahr. 3170

**FRIEDRICHSHOF**  
JEDEN SAMSTAG UND SONNTAG ABEND  
**KÜNSTLER-  
KONZERT.**

**Leonh. Grell**  
Schneidermeister  
Karlsruhe, Marlenstr. 27

empfiehlt sich  
zu Lieferung  
**eleganter  
Herren-Kleider**  
nach Mass zu sehr  
mäßigen Preisen. 3164

